

Kommunalisierung der Aufgabenwahrnehmung nach SGB II Kommunale Personalräte sagen „NEIN!“ zur getrennten Trägerschaft

Am 21.12.2007 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt: *„Arbeitsgemeinschaften gemäß § 44b SGB II widersprechen dem Grundsatz eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung...“*. Bundes- und Landespolitik haben zwei Jahre ungenutzt verstreichen lassen, um Lösungen zu erarbeiten, die die Interessen der erwerbslosen und hilfebedürftigen Menschen und die Interessen der Beschäftigten in den ARGEn berücksichtigen.

Mit dieser Stellungnahme melden sich kommunale Personalräte aus der gesamten Republik zu Wort. Wir stellen fest: Die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP festgeschriebene getrennte Trägerschaft von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Zerschlagung der ARGEn, ist der Weg in die falsche Richtung. Zu diesem Weg sagen wir NEIN!

- Für die Erwerbslosen und Hilfebedürftigen bedeutet die getrennte Trägerschaft, dass sie für Ihren Lebensunterhalt und für die Sicherung ihrer Unterkunftskosten bei zwei Behörden vorsprechen müssten, die ggf. unterschiedliche bis gegensätzliche Entscheidungen zur Leistungsgewährung treffen würden. Transparentes Verwaltungshandeln sieht anders aus.
- Für die kreisfreien Städte und Landkreise bedeutet die getrennte Trägerschaft, dass sie den Einfluss auf die lokale Arbeitsmarktpolitik und die Integration der Arbeitssuchenden verlieren würden, während gleichzeitig der Verwaltungsaufwand und damit verbunden die Kosten erheblich steigen würden.
- Die kommunale Landschaft der Träger von Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist in Gefahr (auch dort würden Arbeitsplätze verloren gehen), wenn ausschließlich die BA über den Einkauf von Leistungen und Maßnahmen zur Eingliederung und Qualifizierung zu entscheiden hat.
- Für die kommunalen Beschäftigten verbleibt die nachrangige Sachbearbeitung der Leistungen für Unterkunft- und Heizkosten, wenn die Aufgaben getrennt werden. Die von vielen Kolleg/inn/en in den letzten Jahren erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten in der Arbeitsvermittlung, der Qualifizierung und der Beseitigung von Vermittlungshemmnissen würden nachträglich entwertet. Ein großer Teil des kommunalen Personals in den ARGEn würde „überflüssig“ werden, tausende befristet Beschäftigte in Arbeitslosigkeit entlassen, wenn sie nicht von der BA übernommen werden; andere kommunale ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen würden in ihrer beruflichen Entwicklung abrupt gestoppt.

Was wir nicht brauchen ist eine Neuauflage der Hängepartie mit Rechtsunsicherheit und allen belastenden Folgen, unter der die Menschen vor und hinter den Schreibtischen seit fünf Jahren leiden.

Aus dem Kreis renommierter Juristen werden ernstzunehmende Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der getrennten Trägerschaft formuliert. Ihre Begründung: Die Bundesagentur für Arbeit ist als Sozialversicherungsträger grundgesetzlich legitimiert zur Aufgabenwahrnehmung nach SGB III. Leistungen nach SGB II sind jedoch Fürsorgeleistungen. Träger von Fürsorgeleistungen sind die kommunalen Gebietskörperschaften.

Die unterzeichnenden Personalräte erneuern die Aufforderung an alle politischen Akteure und Verantwortlichen in den Kommunen ebenso wie in Berlin und den

Landeshauptstädten, die einzig sozialpolitisch vernünftige und dem Sozialstaatsprinzip verpflichtete Lösung gesetzlich zu verankern, die

Kommunalisierung der Aufgaben nach SGB II

Die Forderung nach Kommunalisierung schließt auch ein, dass die vorhandenen Optionskommunen und –kreise dauerhaft gesetzlich legitimiert werden und die Begrenzung auf die Zahl 69 entfällt.

Aus Sicht der unterzeichnenden Personalräte müssen für die Beschäftigten in der Aufgabenwahrnehmung nach SGB II folgende Mindeststandards sichergestellt werden:

1. Den Kommunen müssen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.
2. Eine Organisation der Aufgabenwahrnehmung nach SGB II in eigenen rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts oder in privater Rechtsform darf es künftig nicht mehr geben
3. Die ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen der jeweiligen Träger bleiben ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen ihrer bisherigen Stammdienststelle.
4. Für alle Arbeitnehmer/innen müssen gleiche tarifliche Standards gelten - mindestens auf dem Niveau des TVöD / TV-L.
5. ArbeitnehmerInnen sind entsprechend der übertragenen Aufgaben einzugruppiert; BeamtInnen entsprechend der ihnen übertragenen Aufgaben zu besolden.
6. Die Schaffung von Rahmenbedingungen für gute Arbeit ist überfällig! Dazu gehören an erster Stelle sachgerechte Fallzahlen genauso wie eine Software, die nicht dazu dient, Arbeitslosigkeit lediglich zu verwalten und Beschäftigte wie Erwerbslose zu „gläsernen Menschen“ zu machen.
7. Daneben ist sicher zu stellen, dass die SGB-II-Leistungen von Beschäftigten erbracht werden, die eine dauerhafte Perspektive und unbefristete Arbeitsverträge haben. Die hohe Anzahl befristeter und/oder auf Leiharbeitsbasis beschäftigter KollegInnen ist nicht weiter hinnehmbar.
8. Jedes Organisationsmodell muss sicher stellen, dass die Beschäftigten eine gemeinsame Personalvertretung haben.
9. Die Übergänge aus den ARGEn in eine wie auch immer geartete neue Organisationsform bedürfen nicht nur gesetzlicher Regelungen, sondern die Sicherheit tarifvertraglicher und personalvertretungsrechtlicher Ausgestaltung.

Die unterzeichnenden Personalräte fordern die Bundeskanzlerin, die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, die MinisterpräsidentInnen und Regierenden Bürgermeister der 16 Bundesländer, die OberbürgermeisterInnen der kreisfreien Städte und die LandrätInnen dazu auf, im Gesetzgebungsverfahren der kommenden Wochen und Monate die legitimen Interessen der kommunalen Beschäftigten in den ARGEn zu berücksichtigen und entsprechende verfassungssichere Regelungen zu beschließen.

UnterzeichnerInnen (Stand: 26.01.2010):

Personalkommission der StädteRegion **Aachen** (Franz Josef Loch, Vorsitzender. Zur Erläuterung: Nach Gründung der neuen Behörde gibt es noch keinen Personalrat); Personalrat der Stadt **Baesweiler**, Städte-Region Aachen (Pierre Froesch, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Barsinghausen** (Jennifer Preusker, stv. Vorsitzende); Hauptpersonalrat des Landes **Berlin** (Uwe Januszewski, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Bielefeld** (Elke Goldbeck-Berndt, Vorsitzende; Udo Frevert, stv. Vorsitzender); Betriebsrat der Regionalen Personalentwicklungsgesellschaft der Stadt **Bielefeld** (Jürgen Fehren, Betriebsratsvorsitzender); ver.di-Vertreter im Personalrat der Stadt **Bochum** (vertreten durch Stefan Hölling, Vorsitzender; Martin Biewald;

Karin Richter-Pietsch; Cordula Bieker); Personalrat der Stadt **Bottrop** (Roland Chruschcz, Vorsitzender); Personalrat des Amtes für Soziale Dienste der Hansestadt **Bremen** (Wolfgang Klamand, Vorsitzender; Marcus Gehlmann, stv. Vorsitzender); Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde **Bremen** (Doris Hülsmeier, Vorsitzende); Personalrat Soziales, Familie, Gesundheit und Sport beim Magistrat der Stadt **Bremerhaven** (Inge Tietje, Vorsitzende; Monika Rosenberg, stv. Vorsitzende); Gesamtpersonalrat beim Magistrat der Stadt **Bremerhaven** (Jörg Zager, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Dortmund** (Helga Fromme); Personalrat der Allgemeinen Verwaltung der Landeshauptstadt **Düsseldorf** (Robert Wollborn, Vorsitzender; Herbert Weber, betreuender Personalrat für die ARGE Düsseldorf); Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt **Düsseldorf** (Kathrin Lang, Vorsitzende; Herbert Weber, betreuender Personalrat der ARGE Düsseldorf); Personalrat Innere Verwaltung der Stadt **Duisburg** (Rainer Hagenacker, stv. Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Eschweiler** (Sandra Hunscheidt-Fink, Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Essen** (Kai-Uwe Gaida, Vorsitzender; Anja Löhrmann betreuendes Personalratsmitglied für das JobCenter Essen); Personalrat der Stadt **Flensburg** (Falk-Ulrich Jeglin, Vorsitzender); Personalrat Jugend- und Sozialamt der Stadt **Frankfurt a. M.** (Walter Schmidt, Vorsitzender; Thomas Ubrich, stv. Vorsitzender); Personalrat Stadtschulamt **Frankfurt a. M.** (Renate Brauer, Vorsitzende); Personalrat Bereich Finanzen der Stadt **Frankfurt a. M.** (Petra Schneider, Vorsitzende); Gesamtpersonalrat der Stadt **Frankfurt a. M.** (Christian Barthelmes, Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Fürstenfeldbruck** (Andrea Kriebold, Vorsitzende); Personalrat Allgemeine Verwaltung der Stadt **Fürth** (Rainer Sondershaus, Vorsitzender; Heidi Flory, stv. Vorsitzende); Gesamtpersonalrat der Stadt **Fürth** (Hans-Stefan Schuber, Vorsitzender); *Personalrat des Kreises **Fulda (Optionskreis)** (Paul Weber, Vorsitzender)*; Personalrat des Kreises **Gießen** (Gerhard Kühnl, Vorsitzender); Gesamtpersonalrat der Universitätsstadt **Gießen** (Dirk Wallenfels, Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Göppingen** (Andreas Stähle, Vorsitzender); *Gesamtpersonalrat der Stadt **Göttingen** (Beschäftigte herangezogen im Rahmen der **Option** des Kreises **Göttingen**) (Sabine Banaschak, Vorsitzende)*; Gesamtpersonalrat der Kreisverwaltung, des Rettungsdienstes und des Kreiskrankenhauses **Groß-Gerau** (Kostas Papoutsakis, Vorsitzender); Personalrat der Kreisverwaltung **Groß-Gerau**, der KVHS und der ARGE (Ronald Metzger, Vorsitzender); Gesamtpersonalrat der Stadt **Hagen** (Günter Brandau, Vorsitzender); Gesamtpersonalrat und Personalrat der Stadt **Halle a. d. Saale** (Simona König, Vorsitzende); Personalrat der Beschäftigten der Freien und Hansestadt **Hamburg** in der ARGE (Jutta Kiehn, Vorsitzende; Kristine Kaiser, stv. Vorsitzende); Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt **Hannover** (Hans-Jürgen Jeroschewski, Vorsitzender; Dirk Janßen, stv. GPR-Vorsitzender / Vorsitzender des ÖPR Fachbereich Soziales der LHH); Personalrat der Stammdienststelle der Region **Hannover** (Bärbel Horenburg, Vorsitzende); Gesamtpersonalrat der Region **Hannover** (Christian Gawlik, Vorsitzender); *Personalrat der Stadt **Hann. Münden** (Beschäftigte bis 31.12.2009 herangezogen im Rahmen der **Option** des Landkreises **Göttingen**) (Stefan Schäfer, Vorsitzender)*; Personalrat der Stadt **Heidelberg** (Thomas Wellenreuther, Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Heilbronn** (Franz-Josef Hasenfratz, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Hemmingen**, Region Hannover (Heike Wehmeyer, Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Herford** (Wolfgang Grauduss, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Herne** (Werner Fiedler, Vorsitzender; Beate Wycislok, stv. Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Herzogenrath** (Rolf Engel, Vorsitzender); Personalrat beim Kreis **Hildesheim** (Andre Feind, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Hildesheim** (Roland Brunke, Vorsitzender); *Personalrat des **Hochtaunuskreises (Optionskreis)** (Annette Schoepfer, Vorsitzende)*; Personalrat des Landkreises **Holzminden** (Silke Böker, Vorsitzende); Personalrat der Sozial- und Jugendbehörde der Stadt **Karlsruhe** (Carola Scharpenberg, Vorsitzende); Personalrat des Kreises **Kassel** (Ruthilde Dittmann, Vorsitzende); Personalrat Innere Verwaltung Stadt **Kassel** (Jochen Apel, Vorsitzender); Gesamtpersonalrat der Stadt **Kassel** (Uta Mootz, Vorsitzende); Personalrat der Teildienststelle IV/V Schul-, Sozial- und Gesundheitsverwaltung der Stadt **Köln** (Willi Ungeheuer, Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Konstanz** (Hans-Peter Löhle, Vorsitzender); Personalrat des **Lahn-Dill-Kreises** (Matthias Orth); Personalrat der Stadt **Langenhagen** (Götz Gandenberger, Vorsitzender); Gesamtpersonalrat der Stadt **Lehrte** (Wolfgang Liß, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Leverkusen** (Friedhelm Schmitz, Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Lippe** (A. Zessin, Vorsitzende); Personalrat des Fachbereichs Wirtschaft und Soziales der Hansestadt **Lübeck** (Aenne Beuck, Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Mainz** (Angelika Spautz, Vorsitzende); Personalrat des Fachbereichs 50 (soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren) der Stadt **Mannheim** (Doris Kämmerer, Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Moers** (Heidi Roggenkamp, Vorsitzende); *Personalrat der Stadt **Mülheim a. d. Ruhr (Optionskommune)** (Karl-Heinz Grimm, Geschäftsführer des Personalrats)*; Personalrat ARGE **München** (Ingeborg Ege, Vorsitzende; Thomas Schmid, stv. Vorsitzender); Personalrat des **Neckar-**

Odenwald-Kreises (Wilfried Weisbrod, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Norden** (Ute Bienhoff, Vorsitzende); Personalrat des Kreises **Northeim** (Merle Haas, Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Oberhausen** (Andre auf der Heiden, Vorsitzender, Heinz Rech, stv. Vorsitzender); Betriebsrat der BFO, Beschäftigungsförderung **Oberhausen** gGmbH (Dixi Rothe-Staab, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Offenbach a. M.** (Gerhard Kronenberger); Gesamtpersonalrat der Stadt **Osnabrück** (Dietlind Sachtleben, Vorsitzende); Personalrat des **Ostalbkreises** (Almut Rummel, Vorsitzende); *Personalrat des Kreises Ostvorpommern (Optionskreis)* (Gabriele Weigelt, Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Pinneberg**, Schleswig-Holstein (Stefan Mielke, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Ratingen** (Manfred Dörr, Vorsitzender; Andreas Schlimm, stv. Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Recklinghausen** (Wilhelm Neurohr, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Rendsburg**, Schleswig-Holstein (Franz-Reinold Organista, Vorsitzender); Personalrat der Hansestadt **Rostock** (Manuela Schwede, 1. stv. Vorsitzende); Personalrat des Regionalverbands **Saarbrücken** (Hartwin Bach); Personalrat des Kreises **Schwäbisch Hall** (Reinhard Schardt, Vorsitzender); Personalrat des **Schwalm-Eder-Kreises**, Nordhessen (Heinrich Jordan, Vorsitzender); Personalrat der Landeshauptstadt **Schwerin** (Doris Schmidt); Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt **Schwerin** (Steffen Mey, Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Sigmaringen** (Günter Kessel); Personalrat der Gemeinde **Simmerath**, StädteRegion Aachen (Manfred Prinz, Vorsitzender); Personalrat des Kreises **Soest** (Norbert Kelbert, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Stolberg/Rhld.** (Franz-Dieter Dujardin, Vorsitzender); Personalrat Jobcenter **Stuttgart** (Dagmar Heinz, Vorsitzende); Personalrat des **Werra-Meißner-Kreises**, Nordhessen (Anita Menda, Vorsitzende); Personalrat des Kreises **Wesel** (Hildegard Holtkamp, Vorsitzende; Andreas Enning und Dieter Rasmacher, stv. Vorsitzende); Personalrat der Stadt **Wetzlar** (Marita Schmitt, Vorsitzende; Martina Majerhofer, stv. Vorsitzende; Brigitte Scholz, stv. Vorsitzende); *Personalrat der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden (Optionskommune)* (Wolfgang Gunkel, Vorsitzender); *Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Wiesbaden (Optionskommune)* (Margarete Unkhoff, Vorsitzende); Personalrat Innere Verwaltung der Stadt **Wilhelmshaven** (Norbert Weinberg, Vorsitzender); Gesamtpersonalrat Stadt **Wilhelmshaven** (Dieter Kanth, Vorsitzender); Gesamtpersonalrat und Personalrat der Hansestadt **Wismar** (Irmtraud Rakow, Vorsitzende); Gesamtpersonalrat der Stadt **Wolfsburg** (Peter Wagner, Vorsitzender); Personalrat der Stadt **Würselen** (Heinz Beckers); Personalrat der Stadt **Wunstorf** (Ralf Schneider, Vorsitzender); Personalrat Soziales, Kultur, Sport der Stadt **Wuppertal** (Susanne Gerhardts, Vorsitzende); Gesamtpersonalrat der Stadt **Wuppertal** (Marlene Balnis, Vorsitzende)

Landesfachbereichsvorstand **Gemeinden ver.di Hessen** (Gerhard Abendschein, Landesfachbereichsleiter); **Landesfachbereich Gemeinden Nordrhein-Westfalen** (Andre auf der Heiden, Landesfachbereichsvorsitzender); ver.di-Vertrauensleute der Kreisverwaltung **Groß Gerau**, der kreiseigenen Schulen, des Eigenbetriebes KVHS und der ARGE (Kostas Papoutsakis; Vertrauensleutesprecher; Maria Romero Martin, stv. Vertrauensleutesprecherin)

Insgesamt sind dies

- **96 kommunale Interessenvertretungen aus ARGEen, die in der Summe nahezu 11.000 der ca. 23.000 kommunalen ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen in den jeweiligen ARGEen vertreten;**
- **8 kommunale Interessenvertretungen aus Optionskommunen / -kreisen die in der Summe mehr als 1.000 kommunale ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen vertreten, die in der jeweiligen Options-Organisation arbeiten;**
- **2 Betriebsräte lokaler Beschäftigungsgesellschaften, die ArbeitnehmerInnen in den jeweiligen ARGEen vertreten bzw. deren ArbeitnehmerInnen für die lokale ARGE in den Bereichen Qualifizierung und / oder Arbeitsvermittlung tätig sind und**
- **3 Gremien der Gewerkschaft ver.di aus dem Fachbereich 7 (Gemeinden).**

Presserechtlich verantwortlich / Kontaktanschrift:

Walter Schmidt, c/o Personalrat Jugend- und Sozialamt, Eschersheimer Landstr. 241-249, 60320 Frankfurt, walter.schmidt@stadt-frankfurt.de